

Infobrief September 08/Kerstin Müller



Mitglied des Deutschen Bundestages
Außenpolitische Sprecherin
B90/Die Grünen

Termine

- 18. Sept.** Veranstaltung zur Situation der Frauen im Ostkongo mit medica mondiale in Berlin
- 18. Okt.** Vorstellungskonferenz für die Listenwahl zum Bundestag
- 21. Okt.** Veranstaltung: Afrika und Europa, Friedenbildungswerk Köln
- 24. Okt.** LAG Frauen/Bezirksrat Niederrhein in Krefeld
- 25. Okt.** Kreismitgliederversammlung Köln

Themen

- 01** Afghanistan, Reise vom 11.-16.August 08
- 02** Bericht der Grünen Friedens- und Sicherheitspolitischen Kommission
- 03** Georgien
- 04** Darfur
- 05** Somalia
- 06** Simbabwe
- 07** Frauen im Ostkongo
- 08** Aufstehen! Gegendemo in Köln

Liebe Freundinnen und Freunde,

Obama in Berlin, Olympia in China, Russland in Georgien, Wahlkrise in Simbabwe und Afghanistan – ein außenpolitisches Sommerloch hat es nicht gegeben. Und jetzt noch die „Chaostage der SPD“ – genug Stoff auch für unsere strategischen Debatten.

Im Herbst stehen erneut die Mandatsverlängerungen zu Isaf (13.Otober) und OEF (November)an und damit auch die Debatte um das deutsche Engagement in Afghanistan. Daher findet ihr auch in diesem Infobrief dazu wieder viele Informationen. Um mir einen eigenen Eindruck von der Situation der Lage vor Ort machen zu können, bin ich gemeinsam mit Winni Nachtwei vom 11.- 16. August nach Afghanistan gereist. Der Reisebericht dazu liegt bereits vor, Ihr könnt ihn von meiner Homepage unter [www. kerstinmueller.de](#) herunterladen.

Gerne stehe ich auch im Vorfeld der Mandatsverlängerungen oder auch nachher für Veranstaltungen und Diskussionen auf euren MV`s zur Verfügung. Wenn Ihr Interesse habt, meldet euch im Wahlkreisbüro.

September 08/ Kerstin Müller

Die Fraktion hat bereits mit einer Veranstaltungsreihe „Für einen Kurswechsel in Afghanistan“ frühzeitig ein Diskussionsangebot für die Debatte in den Landesverbänden gemacht; eine davon in NRW am 28. August, die sehr gut besucht war.




Darüber hinaus möchte ich Euch dazu aufrufen am 20. September alle zur Gegendemonstration zur ‚Anti-Islamisierungskonferenz‘ nach Köln zu kommen. Ein breites Bündnis aus Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und Verbänden lädt dazu ein. Wir dürfen den Rassisten und Rechtsextremen keinen Fußbreit der Öffentlichkeit in Köln und anderswo überlassen.




Deshalb kommt zahlreich zu uns in die Domstadt und lasst uns gemeinsam Farbe bekennen – gegen Rechts.



Eure Kerstin Müller

Für weitere Informationen
www.kerstin-mueller-mdb.de
www.gruene-bundestag.de
www.gruenekoeln.de

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
 (030) 2277 1 022
 (030) 227 76 480
 Kerstin.Mueller@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Ebertplatz 23
50668 Köln
 0221 - 72 20 369
 0221 - 97 25 710
 Kerstin.Mueller@wk.bundestag.de
Mitarbeiterin: Judith Hasselmann

September 08/ Kerstin Müller

01 – Afghanistanreise: Kabul, Masar-e-Sharif, Kunduz 11.8. bis 16.8.2008

Auf unserer Reise nach Kabul, Masar-e-Sharif (MeS) und Kunduz wurden vor allem die großen Herausforderungen, vor denen Afghanistan nach 7 Jahren internationalem Engagement steht, deutlich:

Während sich einerseits seit 2005/2006 die Sicherheitslage verschärft, verschlechtert sich die Stimmungslage in der Bevölkerung zunehmend. Vor allem gegenüber der Karzai-Regierung hat ein enormer Vertrauensverlust stattgefunden. Weitverbreitete Korruption, Kollaboration mit den ehemaligen Kriegsverbrechern und Warlords, sowie die Tatsache, dass in den Provinzen nicht viel von den internationalen Mitteln ankommt, sind der Hintergrund dafür.

Vor allem im Bereich des **Institutionenaufbaus und der Regierungsführung** ist der Weg noch weit. Während die afghanische Regierung selbst stärkere Eigenverantwortung einklagt, sind die Institutionen, wie Provinz- und Distriktverwaltungen, Justiz, und Polizei noch extrem schwach ausgebildet. Die anfängliche Aufbau-Euphorie ist daher inzwischen einem **tiefen Misstrauen gegenüber der eigenen Regierung** gewichen. Große Frustration herrscht vor allem über die Beteiligung ehemaliger Warlords an der Macht, für die auch die internationale Gemeinschaft verantwortlich gemacht wird. Besonders Frauen-NGO`s und VertreterInnen der demokratischen Zivilgesellschaft klagen darüber, dass die Menschenrechte in Afghanistan seitens der Regierung und der internationalen Gemeinschaft keine ausreichende Priorität habe, die Lage der Frauen inzwischen weitgehend aus dem Blick geraten ist.

Die **Sicherheitslage** ist flächendeckend schlechter geworden, allerdings mit erheblichen Unterschieden zwischen den Landesteilen. Während in vielen Distrikten des Südens und Südostens Kriegszustand herrscht, trifft das für den Norden, den Westen und Kabul nicht zu. Vor allem im Norden geht die Gewalt von einzelnen Terrorzellen, lokalen Machthabern und organisierter Kriminalität aus, die primär polizeilich bekämpft wird.

Verheerend ist allerdings **die steigende Zahl an zivilen Opfern durch Anschläge und Luftangriffe** in den Konfliktprovinzen. Luftangriffe wie der im westafghanischen Distrikt Shindand, bei dem 90 Zivilpersonen, davon 60 Kinder, ums Leben kamen, sind allerdings unerträglich.

Diese Entwicklung läuft dem Anspruch und Auftrag der internationalen Streitkräfte, in Afghanistan ein sicheres Umfeld für die Menschen und den Aufbau zu schaffen, diametral entgegen. Solche Luftwaffeneinsätze zerstören die Legitimität der internationalen Präsenz. Die Bundesregierung darf sich hier nicht weiter wegducken. Sie muss endlich politisch auf Ebene des NATO-Rates aktiv werden und für einen schnellen Kurswechsel sorgen. Die Absage an OEF ist ein überfälliger Bestandteil des notwendigen Kurswechsels. *(siehe auch PM vom 28.08.08 www.gruene-bundestag.de/cms/presse)*

Dennoch lehnten alle unsere Gesprächsteilnehmer, vor allem aber die VertreterInnen der demokratischen Zivilgesellschaft und die Frauen-NGO`s, einen

September 08/ Kerstin Müller

derzeitigen Abzug von ISAF ab, weil das im Norden den Rückfall in den Bürgerkrieg zur Folge hätte, im Süden die Rückkehr der Taliban.

Zugleich gibt es positive und **ermutigende Ansätze und Fortschritte in der Infrastruktur, im Wirtschaftsleben, im Bildungsbereich und in der Zivilgesellschaft**. Die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte, vor allem der Armee, gilt als Erfolgsstory, während der Polizeiaufbau, für den Deutschland hauptverantwortlich war, hinterher hinkt. Auf lokaler Ebene sind vor allem im Norden funktionierende Kleinwirtschaftsstrukturen entstanden.

Die **Gesundheitsvorsorge** im ganzen Land konnte verbessert werden. Die schwache Präsenz des Staates legt nahe, dass in den Provinzen mit lokalen Akteuren und insbesondere Stammesstrukturen zusammengearbeitet werden muss.

Die Anstrengungen im zivilen Bereich müssen weiter erhöht und in die Fläche getragen werden, wenn die Bevölkerung den Aufbauprozess mit mehr Vertrauen annehmen soll.



die grünen MdB's mit VertreterInnen verschiedener Organisationen und Projekte.

Download des Berichtes: http://www.gruene-bundestag.de/cms/internationales/dok/248/248323.kurswechsel_fuer_afghanistan.html

Ohne Kurswechsel droht der Einsatz in Afghanistan zu scheitern - Schlussfolgerungen

- Nach bald 7 Jahren internationalem Engagement in Afghanistan muss endlich der zivile Wiederaufbau und der Schutz der Bevölkerung ins Zentrum gestellt werden und absolute Priorität erhalten, wenn es noch gelingen soll, die Dynamik der sich verschlechternden Sicherheits- und Stimmungslage umzukehren.
Dabei kommt es nicht nur auf MEHR zivile Mittel an, sondern auch darauf, **dass taugliche Strukturen** zur Umsetzung auf lokaler und Provinz-Ebene entstehen. Auch mehr Kohärenz bei den internationalen Gebern ist erforderlich.
- Auch das am 9. September beschlossene Afghanistan Konzept der Bundesregierung ist - trotz klarer Bestandsaufnahme - nicht viel mehr als ein ‚Weiter-So‘: OEF wird nicht beendet und beim zivilen Aufbau wird weiter gekleckert und nicht geklotzt, da die Mittel für den zivilen Aufbau nur unwesentlich erhöht werden (auf 140 Mio. Euro).

September 08/ Kerstin Müller

- Die Bundesregierung soll **die zentralen Anteile für den zivilen Wiederaufbau in das neue ISAF-Mandat aufnehmen**. Dabei sollte dort Art und Umfang des deutschen Engagements beschrieben werden, etwa für die Bereiche Straßeninfrastruktur, Bildung, Förderung von Zivilgesellschaft und Frauen, den Einsatz von Polizisten sowie Energieversorgung.
- Die Richtung im deutschen Verantwortungsbereich stimmt grundsätzlich, aber das Engagement ist insgesamt zu halbherzig. Notwendig ist eine **neue Aufbauoffensive**, mit klaren, am Bedarf orientierten Zielmarken, wo die internationale Gemeinschaft bis wann stehen will und was Deutschland davon leisten soll.
- Das sinkende Vertrauen der Bevölkerung muss zurück gewonnen werden. Positive Ansätze müssen mit finanziellem und personellem Nachdruck gefördert werden. So braucht etwa das Provincial Advisory Team in der NO-Provinz Takhar endlich eine **zivile Komponente**. Auch die Chancen deutscher Entwicklungszusammenarbeit im Südosten sind besser zu nutzen.
- Die Bemühungen beim Staatsaufbau, Rechtsstaatlichkeit, Justiz und Polizei sind zu vervielfachen. Governance Building muss zentrale Aufgabe für die nächste Zeit sein und auf allen Ebenen ansetzen.
- Der Aufbau und die **Ausbildung der Polizei** wurden viel zu spät als dringliche Aufgabe angepackt. Dieser muss endlich massiv nach vorne gebracht werden. Beim deutschen bilateralen Engagement werden mehr Berater mit längeren Stehzeiten gebraucht. Die bisherigen Einsatzhindernisse in Deutschland müssen endlich abgestellt und Anreize verbessert werden.
- Die zu schnell gestartete und über lange Zeit desaströse EUPOL-Mission braucht ein weiteres und „praktischeres“ Mandat, besser qualifiziertes Personal und eine personelle Aufstockung, für die jetzt die logistischen Voraussetzungen geschaffen werden müssen.
- Es müssen klare Erwartungen an die AFG-Regierung hinsichtlich der Einhaltung von vereinbarten Standards formuliert werden. Eine **Zusammenarbeit mit Warlords**, die sich schwerer Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht haben, muss künftig unterbleiben.
- Die AFG-Frauen und Zivilgesellschaft dürfen nicht aus dem Blick geraten, sondern müssen gestärkt werden. Auch sollte so z.B. wo möglich, mit lokalen Strukturen (Stämme, Shuren, Religionsgelehrte) zusammengearbeitet werden, da diese wichtige Multiplikatoren darstellen. Für **Opfer häuslicher Gewalt** müssen lokale Anlaufstellen geschaffen werden.
- Lokale Ansätze der Wirtschaftsförderung, Diplomatie und Peacebuilding, sind Schlüssel für Fortschritte. Dazu braucht man vor allem mehr **lokale Experten und Ausbilder** mit möglichst hoher Sprach- und landeskundlicher Kompetenz (Experten aus islamischen Ländern, Remigranten, Sprach- und Landeskundler).

September 08/ Kerstin Müller

- Die lange vernachlässigte landwirtschaftliche Produktion braucht massive Förderung. Das gegenwärtige window of opportunity der Preisentwicklung bei Mohn und alternativen Feldfrüchten muss energisch genutzt werden. Angesichts des extremen Bevölkerungswachstums muss die Schaffung von **Erwerbsmöglichkeiten** einen viel höheren Stellenwert bekommen. Nach den bisherigen Erfolgen im Bildungsbereich muss auch die Alphabetisierung von Erwachsenen voran gebracht werden.
- ISAF muss strikt in allen Landesteilen und bei allen Operationen den eigenen Anspruch einhalten, die Sicherheit der gewählten Regierung, der Bevölkerung und der internationalen Helfer zu fördern und die kulturellen Normen zu achten. Aggressive Gegnerbekämpfung insbesondere durch **OEF ist illegitim und kontraproduktiv und muss beendet werden**. OEF insgesamt ist zu beenden, da die Mission kontraproduktiv im Hinblick auf ISAF ist. Die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte braucht breite Unterstützung.
- **Pakistan bleibt ein zentrales** Problem aufgrund der Rückzugsräume für militante Kräfte. Auch die unklare innenpolitische Lage gibt Anlass zur Sorge. Die pakistanische Regierung muss bei ihren Versuchen unterstützt werden, eine Rückkehr zu mehr Demokratie in Pakistan zu ermöglichen und in Kooperation mit der internationalen Gemeinschaft und Afghanistan konstruktive Lösungen für die Probleme in den Grenzregionen zu finden. Der Dialog zwischen Afghanistan und den Nachbarländern, vor allem Pakistan und Iran muss verstärkt werden.

02 - Der Abschlußbericht der Friedens – und Sicherheitskommission liegt jetzt vor

Welche politischen Schwerpunkte und Strategien müssen angesichts der globalen Risiken des 21. Jahrhunderts wie Klimawandel und Staatszerfall umgesetzt werden? Im Abschlussbericht der Friedens- und Sicherheitspolitischen Kommission, den ich als Mitglied der Kommission mitverfasst habe, wurden grundlegende Konzepte und Prinzipien grüner Außen- und Sicherheitspolitik entwickelt.

Der Bericht ist das Ergebnis einer umfangreichen Debatte. Seit dem Parteitag in Köln 2006 haben Parteimitglieder unterschiedlichster Positionen, sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Praxis an dem "Mammutprojekt" gearbeitet. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Eine solche Darstellung der Perspektiven der grünen Außen- und Friedenspolitik hat es in dieser vertieften und dennoch komprimierten Form seit Jahren für die Grünen nicht gegeben.

Die Kommission zieht einerseits kritisch Bilanz, andererseits auch Lehren aus der rot-grünen Friedens- und Sicherheitspolitik von 1998 bis 2005 und soll. Außerdem beschreibt er transparente und nachvollziehbare Kriterien für zivile und militärische Einsätze in Krisensituationen.

September 08/ Kerstin Müller

Grüne Sicherheitspolitik für das 21. Jahrhundert

Die Maßstäbe grüner Außenpolitik sind Gewaltfreiheit und der Schutz der Menschenrechte. Sie haben sich aus der Tradition der Friedensbewegung, der Nord-Süd-Solidarität und der Menschenrechtsbewegung entwickelt. Wir vertreten ein Konzept der erweiterten Außen- und Sicherheitspolitik, das den Schwerpunkt setzt auf zivile Konfliktprävention und -bearbeitung, nachhaltige Entwicklung, den Erhalt der Umwelt und den Dialog der Religionen und Kulturen. Präventivkriege und kulturelle Konfrontation sind falsch und kontraproduktiv.

Zerfallende staatliche Strukturen, internationaler Terrorismus, Ressourcenknappheit und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sind die größten Bedrohungen kollektiver Sicherheit und von dauerhaftem Frieden. Um diesen Risiken und Problemen zu begegnen, setzen wir auf eine Stärkung des Multilateralismus und der internationalen Organisationen, bei denen den Vereinten Nationen eine zentrale Rolle zukommt. Wir unterstützen die Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen sind die Handlungsbasis, einen Menschenrechtsrabatt darf es nicht geben – auch nicht im Anti-Terror-Kampf. Aufrüstung bringt nicht mehr Sicherheit, sondern fördert Unfrieden und Gewalt, zudem verschlingt sie Ressourcen, die in der Entwicklungspolitik sinnvoll und nachhaltig angelegt werden können.

*Es gibt den Bericht auf der grünen Homepage in der Kurz – und Langfassung unter:
http://www.gruene.de/cms/themen/rubrik/13/13342.friedens_sicherheitspolitik.htm*

03 - Georgien: Der Konflikt muss am Verhandlungstisch beigelegt werden nicht mit Waffen

Am 8. August hat die georgische Armee eine militärische Offensive gegen Südossetien begonnen. Daraufhin griffen russische Truppen innerhalb und außerhalb Südossetiens militärische und zivile Ziele an. Begründet wurde dies mit dem notwendigen Schutz russischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger und dem Selbstbestimmungsrecht, das die abtrünnigen georgischen Provinzen Südossetien und Abchasien für sich beanspruchen könnten. Der Aufruf der internationalen Gemeinschaft zur sofortigen Waffenruhe und zum Rückzug der Armeen wurde von Russland fast schon in alter Sowjet-Manier zurückgewiesen.

Russland muss sein imperiales Gehabe und das Bestehen auf dem Recht des Stärkeren endlich aufgeben. Durch sein Verhalten demonstriert Russland völlige Ignoranz gegenüber internationalen Vereinbarungen und dem Völkerrecht.

Die Herauslösung der Provinzen Südossetiens und Abchasiens aus Georgien und ein drohender Anschluss an Russland setzen jegliche völkerrechtliche Prinzipien außer Kraft. Was für Russland im Fall Tschetscheniens nicht gelten sollte, soll auf einmal in Georgien gelten. Die vermeintlichen russischen Friedenstruppen müssen sich heute dem Vorwurf der Annexion stellen.

Russland muss jetzt endlich den von der EU vermittelten Friedensplan umsetzen, sich zurückziehen und internationale Beobachter uneingeschränkt zulassen.

Die am 15.10.2008 in Genf beginnende internationale Konferenz muss alle Konfliktparteien an einen Tisch bringen, um eine friedliche Lösung des Konflikts im Dialog zu erreichen.

September 08/ Kerstin Müller

04 - Zäsur in der Darfur-Krise: Al-Baschir droht Anklage vor dem Internationalen Gerichtshof - Neue Dynamik zur Krisenlösung nutzen

Der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs Moreno Ocampo hat Haftbefehl gegen den amtierenden sudanesischen Staatspräsidenten Omar Al-Baschir wegen Völkermords erlassen. Damit hat sich der Handlungsdruck auf die sudanesishe Regierung und die Ablehner des Strafverfahrens wie die AU, Arabische Liga oder China erhöht, selbst endlich wirksam tätig zu werden. Die Kultur der Rechtlosigkeit und Straflosigkeit verhindert dauerhaften Frieden in Darfur. Sie muss ein Ende haben. Für uns Grüne gilt: Die Arbeit des IStGH ist wichtig und richtig. Die Ahndung schwerster Menschenrechtsverletzungen ist nicht verhandelbar.

Mit dem Haftbefehl gibt es eine neue Dynamik in der Darfur-Krise. Diese muss jetzt die Internationale Gemeinschaft und auch die Bundesregierung nutzen. Davon kann bislang jedoch keine Rede sein.

Anlässlich der Verlängerung des UNAMID Mandats durch die Bundesregierung Mitte August kann man auch sieben Monate nach Missions-Beginn konstatieren, dass die UNAMID noch weit davon entfernt ist, ihren Auftrag zu erfüllen – im Gegenteil: sie droht sogar zu scheitern. Kaum mehr als ein Drittel des geplanten Personals von 26.000 ist entsandt. Personelle und materielle Zusagen der Geber, wie die Bereitstellung von Hubschraubern, wurden nicht eingehalten. Das gilt auch für Zusagen der Bundesregierung. Das Regime Al-Baschir versucht weiterhin nach Kräften, den Aufbau der Friedensmission zu torpedieren. Die internationale Gemeinschaft und die Bundesregierung haben ihr Versprechen, die Zivilbevölkerung wirksam zu schützen, nicht eingehalten. Das Leiden zigtausender unschuldiger Frauen, Kinder und Männer geht weiter.

Die Bundesregierung darf sich nicht mit einer schlichten Mandatsverlängerung aus der Affäre ziehen und in einer Warteposition verharren. Sie muss aktiv dazu beitragen, dass der erforderliche Dreiklang aus wirksamer Friedensmission, tragfähigem Waffenstillstand und umfassenden Friedensverhandlungen umgesetzt wird. UNAMID darf keinesfalls als Ersatz eines umfassenden politischen Friedensprozesses herhalten. Sonst wird es keinen dauerhaften Frieden geben und das Morden wird niemals enden. Wir brauchen jetzt neue politische Initiativen. Die Bundesregierung sollte beispielsweise die französische EU-Ratspräsidentschaft drängen, ihre guten Kontakte zu wichtigen Darfur-Rebellen wirksamer zu nutzen, damit diese an den Verhandlungstisch zurückkehren. Insbesondere sollte die EU dem neuen Chef-Vermittler aus Burkina Faso Bassolé durch koordinierte politische Initiativen den Rücken für eine wirksamere Verhandlungsführung zwischen den Konfliktparteien stärken.

Tipp:

Eine **aktuelle Veranstaltung zu Darfur 2008** – Wege aus der Krise wird das Jüdische Museum in Zusammenarbeit mit Human Rights Watch am 25. September um 19:30 h anbieten. Neben Lotte Leicht (EU-Direktorin HRW) und mir, wird auch Salih Mahmoud Osman (Menschenrechtsanwalt im Sudan) teilnehmen.

05 – Somalia - Bekämpfung der Piraterie

Die Grüne Bundestagsfraktion hat in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause einen Antrag zur Pirateriebekämpfung eingebracht. Anlass war ein Antrag der FDP, der forderte, dass die Bundeswehr unter Berufung auf Art. 25 Grundgesetz – und damit ohne Ver-

September 08/ Kerstin Müller

fassungsänderung – weltweit Jagd auf Piraten machen soll. IM Kern geht es also um die hochbrisante Frage der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit von Einsätzen der Marine im In- und Ausland.

In meiner Rede stellte ich klar, das dies ein klarer Kurswechsel und eine völlige Neuinterpretation des Grundgesetzes bedeutet. Die Grünen hatten beantragt, darüber in den Ausschüssen zu debattieren. Das hat die FDP abgelehnt. Hier geht es nicht um die Sache, sondern um zweifelhafte politische Stimmungsmache. Daran werden die Grünen sich nicht beteiligen.

Es fällt schon auf, dass die FDP mit ihrem Ruf nach robusterem und offensiverem militärischem Vorgehen in Afghanistan und am Horn von Afrika inzwischen zu den militärischen Scharfmachern im Deutschen Bundestag mutiert ist. Hier wollen die Liberalen die Union rechts überholen.

Hinter dem Ganzen steckt eigentlich eine ganz andere Frage, nämlich: Soll sich Deutschland länger mit Marineeinheiten an der Antiterror-Operation "Enduring Freedom" am Horn von Afrika beteiligen. Die Grünen meinen, ganz klar nein. Nicht nur die Rechtfertigung über das Selbstverteidigungsrecht ist nach mehr als sechs Jahren äußerst brüchig geworden. Es gab in den vergangenen Jahren auch keine terroristischen Bewegungen, die auf diesem Wege aufgeklärt werden konnten.

Meine Rede findet Ihr unter:

http://www.gruene-bundestag.de/cms/bundestagsreden/dok/240/240582.bekaempfung_der_piraterie.html

06 – Simbabwe - EU und Deutschland müssen Chance auf Frieden jetzt unterstützen

Mit Einigung auf Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit und die Machtteilung zwischen dem amtierenden Präsidenten Robert Mugabe und Oppositionschef Morgan Tsvangirai ist eine erste wichtige Etappe auf dem Weg zum Frieden erreicht worden. Die Einigung war lange überfällig. Wir hoffen, dass das Land jetzt Schritt für Schritt wieder den Weg zur Demokratie und sozialen wie wirtschaftlichen Stabilität findet. Das setzt allerdings voraus, dass die Einheitsregierung die nötigen Reformen unverzüglich anpackt und dass die Menschenrechte wieder geachtet werden. Auch Mugabes Rolle ist für die Zukunft noch völlig ungeklärt.

Es sollte auch nicht vergessen werden, dass Mugabe die Wahl verloren hat. Die jetzige Einigung spiegelt den Volkswillen nicht wieder. Dies können nur freie und faire Wahlen. Die neue Einheitsregierung kann deshalb nur eine Übergangslösung für eine kurze Zeit sein. Sie darf Neuwahlen keinesfalls aus dem Auge verlieren.

In dieser Hinsicht sollte die internationale Gemeinschaft den Umsetzungsprozess aufmerksam und äußerst kritisch begleitet. Die Kenia-Krise hat gezeigt, wie wichtig es dabei ist, dass die internationale Gemeinschaft an einem Strang zieht.

07 – Vergewaltigung als Kriegswaffe – die Situation von Frauen im Ost-Kongo

Veranstaltung am Donnerstag, 18. September 2008 15-18 Uhr in Berlin

Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen lädt Euch mit Unterstützung von medica mondiale e. V. zu einer Informationsveranstaltung zur Lage der Frauen in der Demokratischen Republik Kongo im Bundestag (Paul-Löbe-Haus, Raum E 800) ein.

September 08/ Kerstin Müller

Trotz internationaler Hilfen hat sich die Lage der Frauen im Ostkongo nicht verbessert, sondern in den letzten Monaten weiter zugespitzt. medica mondiale erfährt täglich von ihrer Partnerorganisation PAIF, dass Frauen massiver Gewalt in Form von systematischen Vergewaltigungen ausgesetzt sind, die bewusst als Terrorinstrument gegen Frauen und ganze Dorfgemeinschaften eingesetzt werden. Dabei geht die Gewalt nicht mehr ausschließlich von Soldaten und Milizen aller Couleur aus, sondern ist auch innerhalb der Zivilgesellschaft zum alltäglichen Instrument der Unterdrückung von Frauen geworden. Menschenrechtsverteidigerinnen, die versuchen Vergewaltigter vor Gericht zu bringen und Frauen mit psycho-sozialen Angeboten zu stärken, werden massiv bedroht.

Die Frauen im Kongo brauchen mehr Schutz. Das Klima der Recht- und Straflosigkeit muss ein Ende haben.

Die Bundesregierung hat beim Wiederaufbau des Kongo eine besondere Verantwortung. Will sie verhindern, dass ihre militärische Absicherung der Wahlen 2006 im Rahmen der EU (EUFOR RD Congo) nicht einfach ergebnislos verpufft, ist jetzt dringend ein gezieltes und angemessenes Anschlussengagement erforderlich.

Bitte verbreitet diese Veranstaltungsinfos in Euren Netzwerken weiter. Anmeldungen per FAX unter 030-22776480 oder per E-Mail an kerstin.mueller@bundestag.de

08 – Wir stellen uns quer!

Demo **gegen** den ‚Anti-Islamisierungs-Kongress‘ am 20.9. in Köln

Die rechte Bewegung "pro Köln" hat Neonazis und Rechtskonservative aus ganz Europa zu einem so genannten "Anti-Islamisierungs-Kongress" vom 19.-21.09. nach Köln eingeladen. Bis zu 1000 Rechte werden erwartet, darunter VertreterInnen extrem rechter Parteien aus Österreich, Belgien, Italien, Frankreich, Großbritannien, Spanien und Ungarn - unter ihnen der Vorsitzende der extrem rechten Front National aus Frankreich, Jean Marie Le Pen. Die vermeintliche Islam-Kritik der Rechten dient lediglich als Deckmantel für die Hetze gegen Menschen anderer Herkunft und Religion. Das ist eine gezielte Provokation des friedlichen Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Kultur, Religion und Herkunft in NRW und Köln, die für die Rechten offenbar den Auftakt des Kommunalwahlkampfes bilden soll.

Der Landesverband, die Kölner GRÜNEN, die GRÜNE Jugend und weitere KVs/OVs unterstützen die Aktivitäten **gegen** den so genannten "Anti-Islamisierungs-Kongress". Der Landesvorstand hat den Aufruf des DGBs und den zur **Massenblockade** unterzeichnet. Wir GRÜNE werden uns an den Aktionen beteiligen und auch breit mobilisieren.

Kommt alle nach Köln am 20.09. und zeigt Flagge gegen Rechts! Die Domstadt muss ein Symbol für gelungenen und kreativen Widerstand gegen Intoleranz und Hetze bleiben.

Weitere Infos unter:

www.region-koeln.dgb.de

www.humba.de

www.hingesetzt.mobi